

**Stellungnahme der VERBUND AG  
zum Entwurf der  
Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die  
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018  
geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2021)**

**Hauptanliegen von VERBUND:**

- **Systemische Reduktion der Erzeugerbelastung** um faire Wettbewerbsbedingungen für österreichische Stromerzeuger gegenüber den Nachbarländern zu schaffen;
- Integration des **Netzverlustentgelts in das Netznutzungsentgelt**;
- **Bilanzgruppenverantwortung** und damit Verursachungsgerechtigkeit bei der Verrechnung des **Systemdienstleistungsentgelts** aufrecht erhalten bzw. stärken;
- Abschaffen der tariflichen **Doppelbelastung** von Speichern durch Klarstellung, dass **Energiespeicherung kein Endverbrauch** ist;
- Anerkennung der **Sonderrolle** von Anlagen die der **Netzstützung** dienen, insbesondere müssen unvorhersehbare Zusatzkosten für Ausgleichsenergie im Kostenbe-scheid Berücksichtigung finden.

## **Generelle Anmerkungen von VERBUND:**

Positiv anzumerken ist, dass der Entwurf zur SNE-V 2021 sowohl beim Systemdienstleistungsentgelt als auch bei Netzverlustentgelt leichte Entlastungen der Erzeugung vorsieht. Diese geringfügigen Entlastungen liefern aber keinen signifikanten Beitrag, um die Situation der Erzeugung zu verbessern und somit die Investitionsbereitschaft zu steigern. Aus einer systemischen Sicht müssten die stark gefallenen Großhandelspreise und die somit wirtschaftlich prekärer gewordene Situation der Stromerzeuger stärkere Berücksichtigung finden. Dieser Aspekt sollte berücksichtigt werden, weil eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung Post-Covid derzeit nicht absehbar ist.

Die Netzentgelte sind für die Erzeuger stets ein relevanter Kostenfaktor mit entsprechender Ergebniswirksamkeit, bedingt durch den massiven Strompreisverfall 2020 gilt dies derzeit umso mehr. Derzeit liegt der Anteil der Netzkosten an den Erzeugererlösen auf der Netzebene 1 bei rund 2.4 %, über die Netzebenen schwankt die Belastung zwischen 2,0% und 4,9%.

Auch wenn die zusätzliche Belastung der Pumpspeicher durch die Anhebung der Arbeitskomponente des Netznutzungsentgelts für Pumpspeicher gering erscheinen mag, so ist viel mehr zu kritisieren, dass das Grundproblem der Doppelbelastung nicht behoben wird. Der zunehmenden Systembedeutung der Speicher in einem immer stärker von volatilen Erzeugungstechnologien geprägten Stromsystem ist Rechnung zu tragen, indem gesetzlich anzuerkennen ist, dass es sich beim Prozess der Entnahme von Strom aus dem Netz, seiner Umwandlung in eine speicherbare Energieform sowie der späteren Rückwandlung in Strom und Einspeisung ins Netz, um eine Zwischenspeicherung zur zeitlichen Optimierung des Stromversorgungssystems handelt und nicht um einen Endverbrauch im klassischen Sinn. Aufgrund der tariflichen Doppelbelastung beläuft sich bei Pumpspeichern der Netzentgeltanteil an den Erlösen derzeit auf mehr als 25 % – mit entsprechend negativen Konsequenzen für den Kraftwerkeinsatz.

Ebenso muss die Rolle von Kraftwerksanlagen, die der Netzstützung dienen, Beachtung finden. Die Zusatzbelastungen, die sich aus den Änderungen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 ergeben und die aus einem Ansteigen der Kosten für Ausgleichsenergie resultieren können, müssen von Seiten der ECA in der Kostenerstattung Berücksichtigung finden.

## **Im Detail nimmt VERBUND wie folgt Stellung:**

### **Zu § 5 (1) Z 8 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke**

Wie in den letzten Jahren wird auch diesmal das Arbeitsentgelt für Pumpstrom mit dem Wert der Nettokomponente Arbeit der Netzebene 1 des österreichischen Netzbereichs festgelegt. Es kommt somit zu einer leichten Steigerung von 0,2100/kWh auf 0,2150/kWh. Das leistungsabhängige Entgelt wird unverändert beibehalten.

VERBUND hat immer betont, dass die seit 1. Jänner 2009 bestehende tarifliche Doppelbelastung der Pumpspeicherkraftwerke (generell Stromzwischenpeicher) reformiert werden muss, wirkt sie sich doch negativ auf das Gesamtsystem aus. Der positive Beitrag von Pumpspeichern zur Systemstabilisierung und Integration der Erneuerbaren darf nicht durch eine übermäßige regulatorische Kostenbelastung konterkariert werden. Die Doppelbelastung der Speicher ist auch vor dem Hintergrund europäischer Vorgaben kritisch zu sehen, insbesondere postuliert das umfassende europäische Konzept für die Energiespeicherung des Europäischen Parlaments explizit, dass die Mitgliedstaaten auf jegliche Art der Doppelbesteuerung verzichten sollen.

Grundsätzlich sollten Speicher von der Zahlung der entnehmerseitigen Netzentgelte befreit werden, weil es sich bei der Ausspeicherung aus dem Netz und späteren Rückspeisung in das Netz keineswegs um einen klassischen Endverbrauch handelt sondern um einen systemdienlichen Prozess der zeitlich verschobenen Anpassung der Stromerzeugung an den Stromverbrauch (siehe auch Speicherdefinition in den Begriffsbestimmungen der Elektrizitätsbinnenmarkt-RL 2012/27/EU, Art. 2 Ziffer 59. und 60.).

Neue Pumpspeicher und Elektrolyseure sind bis Ende 2020 von der Zahlung des Netznutzungs- und Netzverlustentgelts befreit. Um den dringend notwendigen Bau neuer Anlagen angesichts eines rapide steigenden Flexibilitätsbedarfs durch die Energiewende weiterhin anzureizen aber auch um die Wettbewerbsfähigkeit dieser für das Energiesystem so wichtigen flexiblen Erzeugungstechnologien nicht zu konterkarieren und im Hinblick auf die angestrebte Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU, sollte die befristete Freistellung zum einen verlängert und zum anderen auf alle Speicher und Konversionsanlagen, also auch auf bereits bestehende, ausgeweitet werden.

Der gesonderte Netztarif für Anbieter von negativer Regelennergie wurde schon bei seiner Einführung von VERBUND begrüßt. Die systemdienliche Funktion dieser Serviceleitung rechtfertigt einen speziellen Tarif und stellt sicher, dass Endverbraucher zu gleichen Bedingungen wie Pumpspeicherkraftwerke Regelennergie anbieten können.

## **Zu § 6 Netzverlustentgelt**

Auch wenn es in diesem Bereich 2021 temporär zu Entlastungen kommt, soll festgehalten werden, dass eine Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten sich grundsätzlich negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromerzeuger auswirkt. Derzeit ist das Verlustentgelt auch aufgrund seiner Pauschalität weder verursachungsgerecht noch setzt es ökonomisch effiziente Anreize zur Verlustminimierung in Hinblick auf Standortwahl und Kraftwerkseinsatz.

Aus den hier genannten Gründen und aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenmarkt wäre eine Integration des Netzverlustentgelts in das Netznutzungsentgelt sinnvoll.

## **Zu § 9 Bestimmung des Systemdienstleistungsentgelts**

Positiv ist zu sehen, dass der Entwurf zur SNE-V 2021 beim Systemdienstleistungsentgelt eine – wenn auch geringfügige - Entlastung der Erzeugung vorsieht.

Das Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (ABl. Nr. L312 vom 28.11.2017) hatte zur Folge, dass die Kosten für Systemdienstleistungen seither merkbar gesunken sind. Nunmehr können im Rahmen des Systemdienstleistungsentgelts (SDL) nur noch Kosten für die Bereithaltung der Leistung berücksichtigt werden. Zudem wurde aufgrund der VO (EU) Nr. 2017/2195 ein Mindestpreis für Ausgleichsenergie im Verhältnis zur Regelenergie eingeführt. Damit wurde einerseits in diesem Bereich Spekulation mit Ausgleichsenergie verhindert und andererseits ein Anreizsystem geschaffen, das die Marktteilnehmer zur Bilanztreue anhält.

Unter den oben genannten Prämissen wäre es sinnvoll und konsequent, die Kosten für Regelleistung hinkünftig dem Netznutzungsentgelt zuzurechnen. Wenn sowohl Mehr- als auch Mindererlöse aus der Ausgleichsenergieverrechnung über das Netznutzungsentgelt abgerechnet werden, wirkt dies marktneutral, weil kein Marktakteur, also weder Erzeuger noch Händler noch Lieferant einen Wettbewerbsvorteil aus seinem individuellen Verhalten generieren kann. Vorteile aus Mehrerlösen werden aufgrund des Mindestpreises an den Endverbraucher weitergegeben.

Ebenso muss die Rolle jener Anlagen, die der Netzstützung dienen, Beachtung finden. Zusatzkosten für Ausgleichsenergie, die sich bspw. beim ramping up/down aus der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 ergeben, müssen in der Kostenerstattung Berücksichtigung finden.

### **Kontakt:**

Wien, November 2020

VERBUND AG  
Mag. Roland Langthaler  
Am Hof 6a, 1010 Wien  
Tel: +43 (0)50313-53116  
e-mail: roland.langthaler@verbund.com  
www.verbund.com